

Wie man über Flucht und Flüchtlinge spricht: Bestandsaufnahme und Alternativen

Emeritus Distinguished Professor Dr. DDr. h.c. Ruth Wodak, FAcSS

Prolog: „Sie haben ja keine Ahnung!“

Das Thema „Flucht“ hat mein Leben mehrfach bestimmt. Als Kind von Flüchtlingen – meine Eltern mussten vor den Nationalsozialisten 1938 aus Wien flüchten und haben auf vielen Umwegen und dank der Hilfe vieler Personen und Organisationen den sicheren Hafen in Großbritannien erreicht – bleibt es mir unverständlich, wie viele PolitikerInnen, JournalistInnen und sonstige BürgerInnen meinen, dass jemand freiwillig aus der Heimat flüchtet. Niemand verlässt freiwillig Familie, Arbeit, Ausbildung, FreundInnen und seine bzw. ihre Heimat; niemand lässt freiwillig seinen bzw. ihren ganzen Besitz, ihren gewohnten Alltag zurück. Man flieht, um das eigene Leben zu retten. Und niemand kehrt gerne in ein „Land der TäterInnen“ zurück. Die Geschichten zu Flucht, Angst, Rückkehr und gefühlter Ohnmacht haben unseren Familienalltag vielfach bestimmt.

Sprache, Sprechen und Sprachverhalten konstituieren Wirklichkeiten – und umgekehrt. Es ist traurig aber nicht überraschend, wie ahnungslos viele Menschen heutzutage negativ über Flüchtlinge und Flucht sprechen und urteilen, wie schnell die Machenschaften der Nazis und des barbarischen Nazi-Regimes vergessen wurden und werden, die Hunderttausende zur Flucht bewegten und Millionen, die nicht flüchten konnten, ermordeten. Eine *kollektive Amnesie* greift um sich, die das Legitimieren einer immer restriktiveren Asyl- und Migrationspolitik ermöglicht; eine Enthistorisierung, die mit einer zynischen Verrohung des Diskurses einhergeht.

Verdrängung; Vergessen; fehlendes Wissen und Interesse; fehlende Solidarität; Ahnungslosigkeit? Oder einfach (wieder) Wegschauen und eine verfehlte Realpolitik?

Rhetorik der Ausgrenzung: Legitimierung von Grenzen und Delegitimierung von Geflüchteten

Eine *Rhetorik der Ausgrenzung* ist wesentlicher Bestandteil eines viel allgemeineren *Diskurses über Fremde* innerhalb und außerhalb des – in der Tradition eines Nativismus – sogenannten „Volkskörpers“, des Nationalstaates, geworden, nicht nur bei rechtspopulistischen Parteien, sondern auch bei „Mainstream“-Parteien (Musolff 2012). Rechtspopulistische Ausgrenzungsparolen werden immer mehr „*normalisiert*“, von der politischen Mitte akzeptiert und implementiert, häufig in einer „weicheren“ Rhetorik kodiert (*rohe Bürgerlichkeit*) (Wodak 2021a; Heitmeyer 2018).

Zu den ausgegrenzten Minderheiten zählen einerseits die Roma und die Juden, andererseits Flüchtlinge und MigrantInnen, nach dem allgemeinen Motto: „*Wir*“ (das Abendland oder christliche Europa) müssen „*Uns*“ gegen „*Sie*“ (den Orient: Roma, Juden, Muslime) verteidigen. Parteien mit einer solchen Ausgrenzungsrhetorik stellen sich kontinuierlich als „Retter des Abendlandes“ dar, die den „kleinen Mann“ und die „kleine Frau“ sowohl gegen „die da oben“ als auch gegen „die Barbaren“ verteidigen, die – so wird angenommen – deutschen (österreichischen, britischen, niederländischen, belgischen, italienischen) ArbeitnehmerInnen deutsche (österreichische, britische, niederländische,

belgische, italienische) Arbeitsplätze wegnehmen: Barbaren, „die sich nicht integrieren und unserer Kultur nicht anpassen wollen“.

Derartige Parolen mit ähnlichen Bedrohungsszenarien gibt es zuhauf, gerade auch aufgrund der Flüchtlingssituation seit 2014, oft gespeist von völlig falschen Informationen, Verschwörungsnarrativen und Vorurteilen. Die diskursiven Strategien der „Täter-Opfer-Umkehr“, der Konstruktion von „Sündenböcken“, die Verwendung von *Euphemismen* und bewusst gesetzte *Provokationen* und *Tabubrüche* gehören daher zum unverzichtbaren „Werkzeug“ rechtspopulistischer Rhetorik. Kurz, jeder kann potenziell als gefährlicher „Anderer“ dargestellt werden, wenn es für bestimmte strategische und manipulative Zwecke nützlich ist.

Der *Diskurs über Integration, Migration und Flucht* bewegt sich – zusammengefasst – zwischen zwei Extremen: Migration soll **entweder** gestoppt werden, da MigrantInnen – so wird behauptet – unsere Gesellschaft und sozialen Einrichtungen ausnützen und unsere Arbeitsplätze wegnehmen, ohne etwas beizutragen; Flüchtlingszahlen sollten begrenzt werden, meinen viele PolitikerInnen, da sie zu viel „kosten“; **oder**: Migration ist willkommen, wenn es nachweisbare Leistungen gibt – also, wie der aktuelle hegemoniale politische Slogan lautet: „Integration durch Leistung“! Es bleibt allerdings unklar, wieviel und was genau geleistet werden muss. Der Diskurs über Migration und Flucht ist insofern mehr und mehr *ökonomisiert* und wird unkritisch von vielen akzeptiert; es geht nicht um Menschen, sondern um finanzielle Vor- oder Nachteile für „uns“ und „unsere“ Gesellschaft.

Hinzu kommt eine vorwiegend negative **mediale Repräsentation**, die u.a. unlautere Absichten (ökonomische Interessen, ‚Missbrauch‘ des Asylsystems etc.) unterstellt, und durch die Verwendung bestimmter Attribute wie „illegal“ eine *Kriminalisierung und Illegalisierung* aller MigrantInnen bezweckt. Zudem werden Flüchtlinge als anders, fremd oder gefährlich/bedrohlich repräsentiert. Im Einklang damit steht die *entmenschlichende* Darstellung von Flüchtlingen und MigrantInnen als „Massen, Naturkatastrophe, Flüssigkeiten/Welle/Flut/Strom, Tiere/Parasiten, Eindringlinge“ etc. (Krzyżanowski 2018; Matouschek/Wodak/Januschek 1995: 146; Rheindorf/Wodak 2020; Vezovnik 2018: 46)

Derlei *Kategorisierungen* setzen sich auch in (öffentlichen, politischen, medialen) Diskursen fort, wenn von „illegaler“ Migration, „WirtschaftsmigrantInnen“ oder „Asylmissbrauch“ etc. gesprochen wird (vgl. Baker et al. 2008; Rheindorf/Wodak 2020: 128-134). Staaten/Politik, Gesetze (inkl. Einreisemöglichkeiten, Aufenthaltstitel usw.) und Medien stellen also maßgeblich den Gegenstand und die Bedingungen von Migration und Flucht her (Will 2018), was multiple Grenzprozesse impliziert. (Medien)Diskurse und das Recht tragen damit jeweils auf ihre Weise zur *Delegitimierung* von bestimmten Mobilitätsformen und Grenzüberschreitungen bei.

Flüchtlinge als *anders, fremd oder gefährlich/bedrohlich* darzustellen dient – in der weiteren Folge – häufig der *Legitimation strenger Grenzmaßnahmen* zum vermeintlichen Schutz der „eigenen Bevölkerung“ bzw. gesamten „Nation“. Komplementär zu diesen Repräsentationsformen bauen *nationalistische Grenzdiskurse* auf spezifischen räumlichen Vorstellungen von Grenzen, der Nation, der „Festung Europa“ usw. auf. Ein typisches Raumkonzept stellt die Konstruktion von *Ländern als Container* dar, die durch Immigration bedroht und folglich geschützt werden müssen (vgl. Charteris-Black 2006; Rheindorf/Wodak 2018; Chávez 2013: 136).

Legitimation und Rechtfertigung von Ausgrenzung

Ausgrenzung muss v.a. in der politischen Öffentlichkeit einer pluralistischen Demokratie in akzeptabler Weise (d.h., gesetzes- und verfassungskonform) begründet werden. Dafür dienen bestimmte Argumente, oft nur Hinweise auf solche Argumente und Rechtfertigungen, die mit einem sogenannten „gesunden Menschenverstand“ vereinbar scheinen. Damit wird auf ein kollektives Einverständnis Bezug genommen, das über Jahre und Jahrzehnte medial und politisch aufgebaut wurde, v.a. durch den Boulevard und rechtspopulistische Parteien.

Linguistisch gesehen, handelt es sich dabei um *argumentative Strategien/Topoi*, die vor allem dazu dienen, die jeweilige (positive oder negative) Charakterisierung von spezifischen Personen bzw. Gruppen von Personen wie auch deren Inklusion bzw. Exklusion zu rechtfertigen und zu legitimieren. Als *Topoi* bezeichnen wir inhaltsbezogene Schlussfolgerungsregeln, die ein oder mehrere Argumente mit der Schlussfolgerung verknüpfen (obligatorische explizite oder erschließbare Prämissen im Rahmen der Argumentation) (Wodak 2021a). Es wird – sozusagen – in einem kommunikativen Abkürzungsverfahren auf vorhandenes Wissen (*endoxa*) bzw. kollektiv geteilte Stereotype rekurriert, ohne Fakten liefern zu müssen: jede und jeder weiß sozusagen ohnehin, was gemeint ist; man muss es gar nicht ausführen.

Im Diskurs über Flüchtlinge kommen gemäß neuen empirischen Studien zu österreichischen Mediendaten aus 2015-2018 folgende typische *Topoi* zur Geltung, die immer wieder implizit – auf einen angeblich allgemeinen Commonsense bezogen – begründen, warum in Österreich Flüchtlinge keinen Platz haben sollen (Tabelle 1; Rheindorf und Wodak 2020: 124):

Topos	Schlussregel (Subtext – implizite Begründung)
Topos der falschen Definition	Die meisten Menschen, die jetzt ankommen, sind nicht verfolgt bzw. gefährdet; <i>daher</i> sind sie NICHT Flüchtlinge, sondern Wirtschaftsmigranten.
Topos der Zahl	So viele Flüchtlinge aufzunehmen, würde Österreich sehr belasten; <i>daher</i> kann Österreich nur eine begrenzte Zahl aufnehmen.
Topos der Kultur	Die momentan ankommenden Menschen sind meist ungebildet und Analphabeten; <i>daher</i> würden sie eine unakzeptable Belastung für Österreich darstellen.
Topos der Werte	Die momentan ankommenden Menschen teilen unsere Werte nicht und sind daher nicht integrierbar; <i>daher</i> kann Österreich nur eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen aufnehmen.
Topos der Kultur/Männlichkeit	Die momentan ankommenden Menschen sind v.a. junge (dunkle) Männer, die nie gelernt haben, ihre Triebe zu beherrschen; <i>daher</i> bilden sie eine Gefahr für österreichische Frauen.
Topos der Belastung/ökonomischer Ressourcen	Österreich verfügt nicht über genügend Ressourcen, um für so viele Menschen zu sorgen; <i>daher</i> kann Österreich nur eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen aufnehmen.
Topos der historischen Vergleichbarkeit	Die Genfer Konvention war für eine andere Zeit gedacht und ist für die jetzige Situation nicht mehr adäquat; <i>daher</i> ist Österreich nicht an deren Bestimmungen gebunden.
Topos von Recht und Ordnung	Gemäß internationalen Verträgen (Dublin II, Genfer Konvention) müssen Flüchtlinge im ersten sicheren Land, das sie erreichen, um Asyl ansuchen; <i>daher</i> dürfen sie in den meisten Fällen nicht in

	Österreich ansuchen.
Topos der Kontrolle	Österreich hat ein Recht darauf, seine Grenzen zu kontrollieren und zu wissen, wer sich im Land befindet; <i>daher</i> müssen Grenzen geschlossen und Kontrollen verstärkt werden.
Topos der nationalen Verantwortung	Falls die EU die Außengrenzen nicht genügend kontrolliert, muss Österreich nationale Maßnahmen implementieren.
Topos der Realität	Das Menschenrecht auf Asyl ist ein theoretisches Ideal; <i>daher</i> passen die Menschenrechte nicht mehr in eine andere Realität mit begrenzten Ressourcen.
Topos der Solidarität (Nächstenliebe beginnt zu Hause...)	<i>Weil</i> es Österreicher*Innen gibt (wie wir), die obdachlos, arbeitslos und arm sind, verdienen diese eher Hilfe als Fremde/Flüchtlinge. Den ÖsterreicherInnen muss zuerst geholfen werden.
Topos der Gefahr	Manche ankommenden Menschen könnten sich in der nahen Zukunft radikalieren und Terroristen werden. <i>Daher</i> muss Österreich seine Grenzen schließen und noch schärfere Kontrollen implementieren.

Tabelle 1: Typische Argumentationsmuster und Begründungen, die in Debatten zur Inklusion/Exklusion von Flüchtlingen gebraucht werden.

Das *Nutzens- bzw. Belastungsargument* lässt sich vor allem seit den 1990er-Jahren feststellen; früher, als sich die Debatte um die sogenannten „Gastarbeiter“ drehte, wurden vor allem kulturelle *Topoi* ins Treffen geführt, wie beispielsweise, dass diese nicht „zu uns“ passten; man hatte ja die Gastarbeiter quasi eingeladen, sie also geholt, weil sie bereit waren, niedrig bezahlte Arbeiten, die „wir“ nicht machen wollten, zu übernehmen; und dann war man überrascht, als sie nicht einfach wieder verschwanden, sondern sich „bei uns“ wohlfühlten und niederließen (Matouschek et al. 1995; Wengeler 2003). Heutzutage dreht es sich aber nicht um gewollte und eingeladene Fremde, sondern um andere, die „anders ausschauen“ und die gekommen sind, ohne dass man sie holte; es handelt sich um Flüchtlinge, die sich aus schrecklicher Lebensgefahr zu „uns“ retten. In diesem Fall sind, wie der Soziologe Zygmunt Bauman (2000) pointiert behauptet, zwei Reaktionen zu beobachten: entweder die Aufnahmegesellschaft schluckt die Fremden (sie assimilieren sich); oder sie spuckt sie aus (sie assimilieren sich nicht und dürfen nicht bleiben).

Securitization und Bedrohungsszenarien

Die diskursive Verknüpfung von Flucht, Migration und Sicherheitsthemen – und die behauptete Lösung durch restriktive Grenzmaßnahmen – zeugen von einer zunehmenden *Versicherheitlichung* bzw. *Securitization* der Migrations- und Grenzpolitik/regime. In einer Studie von Baker et al. (2008), beispielsweise, über die Darstellung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und MigrantInnen in allen nationalen britischen Zeitungen über zehn Jahre hinweg (1996–2006) konnten die ForscherInnen nachweisen, dass die Bezeichnungen und Benennungen der Geflüchteten und MigrantInnen in der Medienberichterstattung (einschließlich Boulevardzeitungen und Qualitätszeitungen) zu einer schwammigen Gruppe von „Anderen“ verschmolzen wurden. Die „Anderen“ würden nur im O-Ton zitiert, wenn sie unartikuliert, extremistisch, oder bedrohlich sind (oder so dargestellt werden können). Die Ausnahme bildeten die liberalen Qualitätsmedien *The Guardian* und die *Financial Times*.

Dieser Befund entspricht auch anderen wissenschaftlichen Studien: Fast alle Zeitungen transportieren ein gewisses Maß an Negativität bei der Berichterstattung über Flüchtlinge,

Asylsuchende und MigrantInnen. Doch Boulevardzeitungen machen dies uneingeschränkt und explizit, während Mitte-Links-Medien auch auf humanitäre Krisen hinweisen und ab und zu über einzelne Leidensgeschichten, besonders wenn Frauen und Kinder betroffen sind, berichten. Im Gegensatz dazu entmenschlichen konservative Zeitungen (sowohl Boulevardzeitungen wie Tageszeitungen) im Allgemeinen MigrantInnen und Geflüchtete, und konzentrieren sich besonders häufig auf junge, nicht-weiße, potenziell gefährliche Männer. Diese Erkenntnisse stimmen mit Studien über die Darstellung von Geflüchteten und Migranten nach 1989 in Österreich überein.

Genuin ideologische Kontroversen spielten sich beispielsweise 2015/16 über die Wahl von Begriffen zur Bezeichnung von „Geflüchteten“ ab, als „Asylwerber“, „Asylant“, „Asyltouristen“, „Sozialtouristen“ oder gar „illegale Migranten“, zur Festlegung von Quoten als „Obergrenze“ oder „Richtwert“, zu „Grenzzaun“ oder „Grenzraummanagement“, usw. (Rheindorf/Wodak 2018). Die jeweilige Begriffswahl kondensiert sowohl eine Ideologie wie auch ein bestimmtes politisches Programm, der Begriff dient dabei als programmatischer Inhalt: „Obergrenze“ bedeutet, dass niemand, kein einzig Verfolgter, mehr aufgenommen werden soll, trotz ratifizierter internationaler Verträge und Konventionen.

„Richtwert“ weist hingegen auf eine bestimmte Zahl hin, ohne an ihr ein für alle Mal festzuhalten: für mit dem Tod bedrohte Flüchtlinge bleibt, so das zugrunde gelegte Argument, unter bestimmten Bedingungen die Grenze offen. Die ausschließliche Verwendung – auch von den österreichischen ÖVP-FPÖ und ÖVP-Grüne Koalitionsregierungen seit 2018 – des Begriffs „illegale Migranten“ setzt zudem voraus, dass die Ankommenden nicht Flüchtlinge seien, sondern gefährliche Kriminelle, die sich mit Hilfe eines falschen Etiketts in „unser“ Land hineinschummeln. Die im österreichischen Diskurs aufgetretenen charakteristischen Euphemismen, Wortneuschöpfungen und Vagheitsphänomene, die von markanten Formulierungen wie „Holzlattenzaun mit Kapuzinerkresse“ (Sperl 2015), „Tor mit Seitenteilen“ (Sperl 2015) oder „technische[n] Sicherheitsmaßnahme“ (Hoang 2015) reichen, können dabei als Ausdruck der anfangs zögerlichen Affirmation der Grenzmaßnahmen (angesichts der vermuteten Ablehnung der WählerInnen) durch die damalige österreichische groß-koalitionäre Regierung (2015/16) auf dem Weg des Legitimierungsprozesses bzw. der Normalisierung interpretiert werden (vgl. Rheindorf/Wodak 2018: 28).

Die Moralisierung von Flüchtenden und Grenzen

Eines ist sicher: Flüchtlinge wollen nicht weg, sie wollen ihre Heimat nicht verlassen; sie *müssen* weg, sie fliehen; MigrantInnen hingegen verlassen – mehr oder weniger – freiwillig ihre Heimat, sie emigrieren mit dem Ziel, ein besseres Leben für sich und ihre Familien zu erreichen. Diskriminierende Benennungen verzerren Realitäten und erzeugen vorwiegend Angst: Angst vor Fremden, Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Angst vor einer imaginierten Invasion. Der in Folge verwendete Begriff „*Integrationsunwilligkeit*“, der vom rechtsextremen Rand in die politische Mitte gewandert ist und schließlich in Gesetzesform gegossen wurde, *normalisiert* eine Politik der beliebigen Ausgrenzung, durch Trugschlüsse und arbiträre Begrifflichkeit.

Dieser Begriff unterstellt zunächst, dass die Zugewanderten sich nicht „unserer“ Kultur, unseren Routinen anpassen *wollen*. Intensive Integrationsarbeit ist zweifelslos notwendig; natürlich müssen Zugewanderte sich an die jeweiligen Gesetze des Gastlandes halten. Integration braucht jedoch Zeit; Motivation auf allen Seiten muss hergestellt und gefördert

werden. Integration kann nicht nur aus dem Erwerb der Mehrheitssprache bestehen, es geht um Sprachspiele, um Regeln und Routinen, um Umgangsformen; insgesamt um die Sozialisierung in eine neue, bisher unbekannte Welt (vgl. Bauböck/Tripkovic 2017). Und dies braucht Zeit, Ressourcen und v.a. auch Offenheit auf allen Seiten.

Dass der soziale bzw. politische Umgang mit Flüchtlingen und Asylwerbern und die Grenzpolitik emotional-affektive bzw. ethisch-moralische Fragen aufwerfen, bringt der Politikwissenschaftler Bastian Vollmer (2017) mit dem Konzept der „*Moralisierung von Grenzen*“ auf den Punkt; manche scheinen eine Aufnahme im Gastland eher zu *verdienen* als andere, Menschen werden also nicht gleichbehandelt, abhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter, Geschlecht und Ausbildung – und v.a. auch ihrer Hautfarbe und ihrer Religion. Es handelt sich um rassistische, biologistische und ethnisch-kulturelle Kategorisierungen, die das Leid der Individuen ausblenden lassen:

Moralization of bordering takes place when considering the balancing act of excluding a selection of people but at the same time standing on a high moral ground for which the EU and its Member States stand for. This exclusionary practice has been morally legitimized over the years by an array of policy frames [...], but also by a narrative of deservingness, that is, by following the principle of ‘some people do not deserve to be equally or treated in the way we (the ‘host’ society) use to treat human beings’. Thus, an enhanced public profile and its moral justification have coupled even more effectively the area of bordering and ‘necessitated’ security. (Vollmer, 2017: 4)

Die Suche nach Sündenböcken, die – so wird unterstellt – „uns“ die Arbeit wegnehmen, zu viel kosten, kriminell sind und integrationsunwillig, ist also nicht neu (Rainer 2015). Leider scheint diese Strategie aufgrund des Anfachsens von Angst, Neid und Ressentiment immer wieder zu funktionieren: erst Sündenböcke konstruieren und sich dann als Retter zu stilisieren, im Sinne des Slogans: „Make Austria great again“.

Politicians invoked these negative images to shift the dominant perspective away from an empathic view on the experiences, struggles, needs and rights of refugees and re-establishing a securitising view. [...] this was accomplished by drawing on and reconfiguring elements of an already existing archive of knowledge about dangerous foreign masculinity. (Scheibelhofer 2017: 106)

Alternativen

Den Gegnern einer solchen Politik wird schnell in Form einfacher Verallgemeinerungen vorgeworfen, sie hingen Utopien nach, seien unverbesserliche ‚Gutmenschen‘ und nähmen die – eben geschürten – Ängste nicht ernst. Solche argumentativen *Strohänner* sind leicht gebaut – denn niemand will eine unregulierte Einwanderung; niemand könnte dies vernünftiger Weise fordern. Natürlich sollen Asylsuchende *gesetzeskonform* registriert und behandelt werden.

Die EU-weite Studie von Field (2019) erweist sich als relevant, da sie sich mit dem *Erfolg* von verschiedenen *Kommunikationsstrategien und Narrativen* über Flucht/Migration und Geflüchtete beschäftigt. Neben alternativen Narrativen, die beispielsweise von Flüchtlingen

selbst produziert bzw. erzählt werden (sollten) oder die auf *positive Begriffe* und Konzepte wie *Hoffnung, Stolz, Solidarität, Handlungsfähigkeit* usw. setzen, erweist sich die Fokussierung auf das *Erleben und Einstellungswandel* von BürgerInnen als erfolgreiche Strategie¹:

The journey narrative is therefore no longer across the Med in a sinking boat, but rather the host citizen's journey from fear to realising that immigrants and refugees do not pose a threat. The narrative must not eradicate or whitewash internal doubts and conflicts, but normalises the idea that integration is hard, but ultimately rewarding, for all concerned." (Field 2019: 37)

Die Studie weist allerdings auf einige Leerstellen in den Kommunikationsstrategien von Hilfsorganisationen wie NGOs hin: Sie kritisiert den Schwerpunkt auf das Integrationsthema, während Themen wie das Einfordern bzw. die Wahrung von Rechten von Flüchtlingen oder die Zunahme antimuslimischer Haltungen ausgeblendet werden (ibid: 45-47). Ein anderes wichtiges Thema in Bezug auf die Rezeption von Medien ist etwa die Frage, wie sich Flüchtlinge diesen Diskursen gegenüber positionieren (vgl. de Fina 2003: 43; Lehner 2022) und welchen Einfluss die negative Berichterstattung auf die Selbsteinschätzung und Handlungsfähigkeit der Betroffenen haben.

Zusammenfassend gesehen, gehören folgende Maßnahmen umgesetzt:

- *Legale* und sichere *Flüchtlingswege* gehören geschaffen,
- in *Maßnahmen zur Integration* gehört massiv investiert (Integration bedeutet NICHT nur Spracherwerb)
- *differenzierte und sachliche, faktenbasierte Debatten* müssen Lösungen für die zunehmende Migration aus Afrika erarbeiten,
- *Richtlinien zur sachlichen und egalitären medialen Berichterstattung* über MigrantInnen und Geflüchtete gehören europaweit erarbeitet,
- *Erfahrungen und Erzählungen* von Geflüchteten muss Raum gegeben werden; sie müssen ebenfalls im O-Ton zu Wort kommen;
- *kriminalisierenden Verallgemeinerungen und Vorurteilen* muss durch intensive Bildungsarbeit entgegengearbeitet werden;
- *interkulturelle Begegnungsräume* zum gegenseitigen Kennenlernen müssen geschaffen werden;
- *Partizipationsmöglichkeiten* für Zugewanderte und Geflüchtete gehören geschaffen, um Motivation für vermehrte Integration zu fördern.
- Die *Enthistorisierung* und die *kollektive Amnesie* in Bezug auf Flucht- und Migrationsprozesse und -erfahrungen gehören durch adäquate *Bildungsoffensiven* bekämpft (Wodak 2017; 2021b).

¹ Siehe hierzu auch das in diesem Band beinhaltete Kapitel von Beate Winkler, das sich u.a. diesem Thema widmet.

All dies ist sicherlich nicht einfach, aber langfristig notwendig.

Literatur:

- Baker, Paul/Gabrielatos, Costas/Khosravinik, Majid/Krzyżanowski, Michał/McEnery, Tony/Wodak, Ruth, 2008: A Useful Methodological Synergy? Combining Critical Discourse Analysis and Corpus Linguistics to Examine Discourses of Refugees and Asylum Seekers in the UK Press. *Discourse & Society* 19(3), 273-306.
- Bauböck, Rainer/ Tripkovic, Milena (Hg.) 2017: *The Integration of Migrants and Refugees. An EUI Forum on Migration, Citizenship, and Demography* Florence: EUI (e-book, open access)
- Bauman, Zygmunt, 2000: *Liquid Modernity*. Cambridge und Malden: Polity Press.
- Blommaert, Jan, 2015: One crisis, three photos: How Europe started caring for refugees. <https://alternative-democracy-research.org/2015/09/04/one-crisis-three-photos-how-europe-started-caring-for-refugees/> [Zugriff am 26.12.2021]
- Charteris-Black, Jonathan, 2006: Britain as a container: immigration metaphors in the 2005 election campaign. *Discourse & Society* 17(5), 563–581.
- Chávez, Leo R., 2013: *The Latino threat: constructing immigrants, citizens, and the nation*. Second edition. Stanford, California: Stanford University Press
- de Fina, Anna, 2003: Crossing Borders: Time, Space, and Disorientation in Narrative. *Narrative Inquiry* 13(2), 367–391.
- Field, Ophelia, 2019: EPIM Mapping of Narrative Tactics in the Migration Sector. Brussels: *European Programme for Integration and Migration*.
- Heitmeyer, Wilhelm. 2018: *Autoritäre Versuche – Signaturen der Bedrohung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hoang, Kim Son, 2015: Regierung einig bei "technischen Sicherungen" an der Grenze. *DerStandard*, 28.10.2015. <https://www.derstandard.at/jetzt/livebericht/2000024637525/redcontent/1000041177/mikl-leitner-kuendigt-grenzzaun-an-klug-unterstuetzt-plaene?responsive=false> [Zugriff am 17.12.2021].
- Khosravi, Shahram, 2010: *The 'illegal' traveller: an auto-ethnography of borders*. London: Palgrave Macmillan
- Krzyżanowski, Michał, 2018: Discursive Shifts in Ethno-Nationalist Politics: On Politicization and Mediatization of the "Refugee Crisis" in Poland. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16:1-2, 76-96, DOI: 10.1080/15562948.2017.1317897.
- Lehner, Sabine, 2022: Grenzerfahrungen von Geflüchteten während der Flucht und in Österreich, Unpubl. Dissertation, Universität Wien.
- Matouschek, Bernd/Wodak, Ruth/Janussek, Franz, 1995: *Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz*. Wien: Passagen.
- Musolff, Andreas, 2012: The study of metaphor as part of critical discourse analysis. *Critical Discourse Studies*, 9 (3), 301-310.
- Rainer, Florian (Hg.), 2015: *Fluchtwege. Der Herbst 2015 in Österreich*. Wien: Holzhausen.

Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth, 2018: Borders, Fences and Limits – Protecting Austria from Refugees. Metadiscursive negotiations of meaning in the current refugee crisis. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16(1-2), 15–38.

Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth, 2020: Building „Fortress Europe“: Legitimizing exclusion from basic human rights. In: Dies. (eds.): *Sociolinguistic perspectives on migration control: language policy, identity and belonging*. Bristol: Multilingual Matters.

Scheibelhofer, Paul, 2017: „It won't work without ugly pictures“: images of othered masculinities and the legitimisation of restrictive refugee-politics in Austria. *NORMA* 12(2), 96–111.

Sperl, Gerfried, 2015: Der Zaun als Beispiel für das Unvermögen der Politik. *DerStandard* 01.11.2015. <https://www.derstandard.at/story/2000024888375/der-zaun-als-beispiel-fuerdas-unvermoegen-der-politik> [Zugriff am 17.12.2021].

Vezovnik, Andreja, 2018: Securitizing Migration in Slovenia: A Discourse Analysis of the Slovenian Refugee Situation. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16(1-2), 39–56.

Vollmer, Bastian A., 2017: A Hermeneutical Approach to European Bordering. *Journal of Contemporary European Studies* 25(1), 1–15.

Wengeler, Martin, 2003: *Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985)*. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.

Will, Anne-Kathrin, 2018: On “Genuine” and “Illegitimate” Refugees: New Boundaries Drawn by Discriminatory Legislation and Practice in the Field of Humanitarian Reception in Germany. *Social Inclusion* 6(3), 172–189.

Wodak, Ruth, 2017: Integration and culture: From ‘communicative competence’ to ‘competence in plurality’ in: Rainer Bauböck/Milena Tripkovic (Hg.) *The Integration of Migrants and Refugees. An EUI Forum on Migration, Citizenship, and Demography* Florence: EUI (e-book, open access), 116-137.

Wodak, Ruth, 2021a: *The Politics of Fear. The shameless Normalization of Far-right Discourse*. London: SAGE (second extended and revised edition).

Wodak, Ruth, 2021b: Collective Amnesia: The de-historization and normalization of closed borders (Blogbeitrag) <http://www.ror-n.org/-blog/collective-amnesia-the-de-historization-and-normalization-of-closed-borders> (Zugriff am 26.12. 2021)

Bioblurb: Em. Distinguished Professor Dr. DDr.h.c. Ruth Wodak, FAcSS.

Em. Distinguished Professor of Discourse Studies (Diskursforschung), Lancaster University (UK) und o. Univ. Professorin i.R. für Angewandte Linguistik, Universität Wien. 1996 erhielt sie den Wittgenstein Preis für Elite WissenschaftlerInnen, 2010 ein Ehrendoktorat der University Örebro, Schweden, 2020 ein Ehrendoktorat der Warwick University, UK. Sie ist Mitglied der *Academia Europaea* und der *British Academy of Social Sciences*.

Forschungstätigkeit in Diskurstheorie, Sprache und Politik (Populismusforschung), Identitäts- und Vergangenheitspolitik, Gender Studies, Migrationsforschung und linguistische Vorurteilsforschung zu Rassismus und Antisemitismus.

Zahlreiche Publikationen zu diesen Themen, darunter: *The Politics of Fear. The Shameless Normalisation of Far-right Discourse*, Sage 2021; *Sociolinguistic Perspectives on Migration Control* (mit M. Rheindorf), Multilingual Matters 2020; *Österreichische Identitäten im Wandel* (mit R. de Cillia, M. Rheindorf, S. Lehner), Springer 2020; *Europe at the Crossroads*. (mit P. Bevelander), Nordicum 2019.

